

## Dänemark

Julie Herschend Christoffersen

Die Europäische Union sorgte auch in den dänischen Medien wieder für etliche Schlagzeilen. Besonders intensiv diskutiert wurden insbesondere die Klimakonferenz von Kopenhagen (COP15); die Ernennung von zwei neuen Schlüsselfiguren auf der europäischen Bühne; das Rettungspaket für Griechenland; die vier dänischen Ausnahmeregelungen, insbesondere das Opt-out im Bereich Justiz und Inneres sowie die Ausweisung von Roma in Frankreich und Dänemark. Außerdem war die europapolitische Berichterstattung selber Thema der europapolitischen Debatte. Der dänische liberale Europaabgeordnete Morten Løkkegaard hatte sich mehrfach kritisch über die schlechte journalistische Berichterstattung über EU-Angelegenheiten geäußert, die, wenn sie denn überhaupt stattfindet, häufig auch noch falsch sei. Um Radio- und Fernsehsender dazu zu bewegen, intensiver über die Europäische Union zu berichten, schlug er daher unter anderem ein eigenes EU-Pressekorps vor, um auf öffentlich-rechtlicher Grundlage EU-Themen abzudecken. Dieser Vorschlag fand im Europäischen Parlament keinen Anklang, sorgte aber zumindest in den dänischen Medien für einiges Aufsehen.<sup>1</sup>

### **Die Klimakonferenz von Kopenhagen – Erfolg oder Misserfolg?**

Die Ausrichtung der 15. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen in Kopenhagen (COP15) im Dezember 2009 stellte die mit Abstand größte diplomatische Herausforderung für Dänemark des vergangenen Jahres dar. Diese Großveranstaltung benötigte eine ganze Reihe von politischen und logistischen Vorbereitungen und stieß sowohl vor als auch nach dem Gipfeltreffen in den Medien und in der öffentlichen Debatte auf großes Interesse. Am Ende wurde das zentrale Abschlussdokument der Weltklimakonferenz, die so genannte „Kopenhagener Vereinbarung“, auf die sich die Vertragsstaaten schließlich verständigen konnte, nicht einmal den niedrigsten Erwartungen gerecht. Die Vereinbarung ist rechtlich nicht bindend, auch wenn der Minimalkonsens erstmals das konkrete Ziel enthält, die Erderwärmung auf weniger als 2 °C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Wie dies erreicht werden kann, bleibt allerdings weiter ungeklärt. Die Delegierten einigten sich weder auf konkrete Ziele für die Verringerung der Treibhausgase noch auf einen Fahrplan für das weitere Vorgehen.

Die Erklärungen für dieses wenig zufriedenstellende Ergebnis sind zahlreich: Die dänische EU-Kommissarin für Klimaschutz, Connie Hedegaard, hat als einen der Hauptgründe für das Scheitern in Kopenhagen den Mangel an Führungskraft auf Seiten der Europäischen Union genannt.<sup>2</sup> Staaten wie China, Indien, Brasilien und andere aufstrebende Staaten traten in den Verhandlungen sehr selbstbewusst auf und stellten so unter Beweis, dass sich das globale Regieren tatsächlich verändert. Die Europäische Union wurde abgehängt und letztlich aus den Verhandlungen ausgeschlossen.

---

Übersetzt aus dem Englischen.

1 Politiken: Morten Løkkegaard fortryder udtalelse om journalister, 3.09.2010.

2 ZealandDenmark: Høring sluttede med klapsalver, 15.01.2010.

Die dänische Regierung wurde heftig für die Art und Weise der Durchführung und Leitung der Konferenz kritisiert. Ein Vorentwurf des Abschlussdokuments der COP15 – der so genannte „Dänische Text“ – wurde der britischen Zeitung *The Guardian* am zweiten Tag der Konferenz zugespielt. Der Entwurf war Russland, den USA und China bereits Ende November unterbreitet worden, und obwohl auch viele andere Staaten den Text auf einem Treffen nur wenige Wochen vorher gesehen hatten, waren die Reaktionen der Entwicklungsländer, insbesondere der G77-Gruppe, auf die Vorabveröffentlichung enorm. Der Text wurde dafür kritisiert, dass er die Industriestaaten zu nachsichtig behandeln und gleichzeitig die Entwicklungsländer an den Rand drängen würde. Nach dem Gipfel schrieb der Generalsekretär des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC), Yvo de Boer, in einem vertraulichen Schreiben an seine Mitarbeiter, dass „der dänische Text, der bei einem informellen Treffen eine Woche vor Beginn der COP präsentiert wurde, die Arbeit von zwei Jahren auf einen Streich zerstörte.“ Connie Hedegaard, damals noch dänische Umweltministerin, hat sich auch mit Kritik am dänischen Premierminister nicht zurückgehalten, als sie sagte, dass „es Jahre braucht, um Vertrauen aufzubauen, aber nur Stunden, um es zu zerstören“.<sup>3</sup> Die dänische Regierung wies nach der Klimakonferenz alle Anschuldigungen zurück und warf stattdessen China eine Blockadepolitik vor, durch die ein akzeptableres Ergebnis verhindert worden war.

Die Rolle der Europäischen Union in den Klimaverhandlungen gilt als eher mittelmäßig bis schlecht. In den Augen vieler Beobachter war die Europäische Union viel zu ehrgeizig bei den Zielvereinbarungen zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der ehemalige EU-Kommissar und Generaldirektor für Umwelt, Jørgen Henningsen, erachtete das EU-Ziel – eine Reduzierung der Treibhausgase um 20 Prozent – als viel zu gering, um überhaupt zur Entwicklung klimafreundlicher Technologien beitragen zu können.<sup>4</sup> Zwei Persönlichkeiten der dänischen liberal-konservativen Regierung, Connie Hedegaard und der liberale Europaabgeordnete Jens Rohde, sprachen sich sogar für eine Erhöhung des EU-Ziels von 20 Prozent auf 30 Prozent aus, um so zusätzliche wirtschaftliche Anreizstrukturen zu schaffen.<sup>5</sup> Die dänische Regierung unterstützte die europäischen Ambitionen auf eine globale Führungsposition im Klimawandel genauso wie den breiten Konsens über die Erhöhung der Emissionsgrenzen für Treibhausgase.

Trotz des Zurückbleibens hinter den in die COP15 gesetzten Hoffnungen, gab es durchaus auch positive Stimmen über die Rolle der Europäischen Union im Klimaschutz. Der sozialdemokratische Europaabgeordnete Dan Jørgensen sieht auch in Zukunft noch Möglichkeiten für die EU, die globale Klimapolitik aktiv mitzugestalten.<sup>6</sup> Dafür werden allerdings ein stärkerer Wille der EU, ehrgeizigere Emissionsgrenzen für Treibhausgase und die Fähigkeit mit einer Stimme zu sprechen unabdingbar sein.<sup>7</sup> Die EU-Kommissarin Connie Hedegaard teilte die Einschätzung von Dan Jørgensen und fügte hinzu, dass die EU sich als treibende Kraft im globalen Kampf gegen den Klimawandel erst noch beweisen müsste.<sup>8</sup>

---

3 Per Meilstrup: *The Runaway Summit*, in: Nanna Hvidt/Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 2010*, Copenhagen: DIIS 2010.

4 Information: CO<sub>2</sub>-reduktion: EU's mål for klimaet er allerede klaret af krise og CO<sub>2</sub>-kreditter, 18.03.2010.

5 LandbrugsAvisen: EU-Parlamentet vil have højere klimamål, 11.02.2010.

6 Frederiksborg Amts Avis: EU vil højne klimamål, 11.02.2010.

7 Fyens Stifttidende: Den allersidste chance, 7.02.2010.

8 Information: CO<sub>2</sub>-reduktion: EU's mål for klimaet er allerede klaret af krise og CO<sub>2</sub>-kreditter, 18.03.2010.

### Neue Schlüsselpositionen auf EU-Ebene nach Lissabon

Die „nächstbeste Wahl“, so hat die linksgerichtete Zeitung Information die Wahl von Herman Van Rompuy zum ersten ständigen Präsidenten des Europäischen Rates kommentiert. Im Artikel hieß es allerdings weiter, dass „er zwar kein internationaler Showstopper sei, aber aufgrund seiner analytischen Schärfe und seiner konsensstiftenden Fähigkeiten geschätzt würde“. Der dänische Premierminister Lars Løkke Rasmussen hatte dies ebenfalls hervorgehoben, als er gefragt wurde, ob der neue Präsident denn nicht zu unbekannt für diese repräsentative Position wäre: „Es ist möglich einen ausgezeichneten Job zu machen, auch wenn man kaum bekannt ist“.<sup>9</sup> Der dänische Europaabgeordnete Jens Rohde, ebenfalls von den Liberalen, war allerdings anderer Meinung als sein Premierminister Løkke Rasmussen. Er ging davon aus, dass Van Rompuy nominiert wurde, um die Staats- und Regierungschefs nicht zu überschatten,<sup>10</sup> und ging sogar soweit, Van Rompuy als „kleinsten gemeinsamen Nenner“ zu bezeichnen.<sup>11</sup> Auch bei den Europeagern rief die Wahl Van Rompuy Unzufriedenheit hervor, den sie als Föderalisten betrachten und der ihrer Meinung nach für noch mehr Integration und die Einführung einer EU-Steuer steht.<sup>12</sup>

Premierminister Løkke Rasmussen äußerte sich ähnlich positiv über Catherine Ashton, die neue Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik der Union.<sup>13</sup> In der dänischen Debatte ging man allerdings allgemein davon aus, dass sie aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Parteizugehörigkeit – und damit als Gegenstück zu Van Rompuy – gewählt wurde. Sie wurde kritisiert für ihre mangelnde Erfahrung in der Außenpolitik sowie als Baronin für ihren Vorsitz des britischen Oberhauses, auch wenn einige der führenden Tageszeitungen diese Kritikpunkte als chauvinistisch<sup>14</sup> und frühreif<sup>15</sup> titulierten.

Viel Aufmerksamkeit wurde auch der Ernennung des neuen Beraters von Catherine Ashton, Poul Skytte Christoffersen, Ende Februar 2010 entgegengebracht. Ashton hatte persönlich um die Nominierung von Skytte Christoffersen ersucht, der bis dahin der dänische EU-Botschafter war. Die dänische Außenministerin, Lene Espersen, zeigte sich äußerst zufrieden mit dieser Wahl und sah in dem Gesuch von Frau Ashton „eine große Würdigung der Fähigkeiten und der Erfahrung von Skytte Christoffersen“.<sup>16</sup>

Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD), der der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton unterstehen wird, war ebenfalls Gegenstand der Debatte. Lene Espersen wies darauf hin, dass die EU riskiert zur Verliererin unter den Weltregionen zu werden, wenn es ihr nicht gelingt endlich mit einer Stimme zu sprechen und das daher ein starkes Signal nötig sei, dass die Dänen die Hohe Vertreterin Ashton und den Europäischen Auswärtigen Dienst unterstützen werden.<sup>17</sup> Dem Europäischen Auswärtigen Dienst wird allerdings nicht viel Optimismus entgegengebracht. Viele Beobachter betrachteten die internen Streitigkeiten als weitere Schwachstelle der Europäischen Union, die paradoxerweise nicht nur die Autorität von Frau Ashton schwächen könnte, sondern sogar die Rolle der Europäischen Union in der

9 Søndagsavisen: Løkke: Nye EU-ledere kan blive profiler, 19.11.2009.

10 Nordjyske Stifttidende: Jens Rohde: EU-Udnævnelser: Hvor er mod?, 24.11.2009.

11 Information: Rohde stærkt utilfreds med EU-udenrigschef, 20.11.2009.

12 <http://www.folkebevaegelsen.dk/spip.php?article2058>.

13 Søndagsavisen: Løkke: Nye EU-ledere kan blive profiler, 19.11.2009.

14 Information: Hvorfor er baronessen usynlig?, 24.02.2010.

15 Jyllandsposten: Europas ansigter, 21.11.2010.

16 Jyllandsposten: EU's udenrigstjeneste får en dansker i spidsen, 26.02.2010.

17 Berlingske Tidende: EU står alt for ofte fuldstændigt afklædt og forjusket tilbage, 6.03.2010.

Welt, die doch eigentlich mit dem Vertrag von Lissabon gestärkt werden sollte.<sup>18</sup> Einige Kommentatoren befürchteten sogar, dass die EU zu einem bloßen Streitschlichter und Vermittler werden könnte statt zu einem machtvollen Akteur – und dass sich der Rest der Welt von der Europäischen Union in der Weltpolitik letztlich abwenden könnte.<sup>19</sup>

### **Griechenland und das EU-Rettungspaket**

Die dänische Regierung hieß das finanzielle Rettungspaket der EU für Griechenland nicht nur grundsätzlich gut, sondern erachtete dieses auch als absolut notwendig. Für die „Griechische Tragödie“ wurden jahrzehntelange Unterlassungen, Korruption und die permanente Verweigerung wirtschaftlicher Reformen verantwortlich gemacht.<sup>20</sup> Laut der Finanzzeitung *Børsen* stand Dänemark – verglichen mit anderen EU-Staaten wie etwa Griechenland und Spanien – vor nur relativ kleinen Herausforderungen. Der dänische Finanzminister Claus Hjort Frederiksen hatte dies im Februar 2010 ebenfalls bei der Präsentation des dänischen Konvergenzprogramms 2009 bekräftigt. Das Konvergenzprogramm hatte massive Kürzungen der öffentlichen Ausgaben vorgesehen, insbesondere auch aufgrund des dänischen Haushaltsdefizits von 5,5% des Bruttoinlandsprodukts – gemäß den Konvergenzkriterien der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sind nur 3% erlaubt.

Dies führte zu einer Intensivierung der Debatte über die dänischen Ausnahmeregelungen beim Euro. Einige betrachten die Ausrichtung auf die Konvergenzkriterien der WWU als höchst problematisch, da die Dänen in diesem Politikbereich aufgrund des Opt-outs über kein Mitspracherecht verfügen. Das Nicht-Euro-Mitglied Dänemark könnte demnach, so die dänische EU-Kommissarin für den Klimaschutz Connie Hedegaard, Gefahr laufen, künftig bei der Gestaltung der europäischen Wirtschafts- und Finanzregularien ausgeschlossen zu werden.<sup>21</sup> Sie betonte außerdem, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer Kluft in Europa zwischen den Euro-Staaten und den aus dem Euro-Club ausgeschlossenen Staaten beitragen könnte und so die Gefahr besteht, dass die Wirtschaftsentwicklung mit zwei unterschiedlichen Geschwindigkeiten vorstatten gehen könnte.

Außenministerin Lene Espersen betonte die gefestigte Position Dänemarks im internationalen Finanzsystems, wies jedoch gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer Stärkung Europas hin. Sie forderte die Modernisierung des Binnenmarkts und die Etablierung neuer E-trade-Lösungen, die eine verbesserte Koordinierung sowohl auf EU- wie auf nationaler Ebene voraussetzen.<sup>22</sup>

### **Die Prioritäten der Europa 2020-Strategie**

Ebenfalls positiv stand die dänische Regierung der neuen europäischen Wachstumsstrategie „Europa 2020“ gegenüber. Die Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum knüpft in Reaktion auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise an die Lissabon-Strategie an. Premierminister Lars Løkke Rasmussen hatte andere Optionen der Krisenbewältigung ins Feld geführt, indem er auf das Auslaufen nationaler Hilfsprogramme und die Vermeidung staatlicher Beihilfen hinwies.<sup>23</sup>

---

18 Mandag Morgen: Knald eller fald for EUs udenrigstjeneste, 8.03.2010.

19 Weekendavisen: EU's udenrigspolitik: Høje FUSP, 29.01.2010.

20 Berlingske Tidende: Den græske tragedie version 2.0, 9.02.2010.

21 Politiken: Connie Hedegaard advarer: Nu kører eurotogett, 10.05.2010.

22 Berlingske Tidende: I front for dansk vækst, 15.04.2010; Erhvervsbladet: Det handler om, hvad Danmark skal leve af i fremtiden, 19.03.2010; Børsen: Nødvendig hjælp til Grækenland, 13.04.2010.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise wurde auch als besondere Chance betrachtet. Fünf Kernziele haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union für die neue europäische Wachstumsstrategie „Europa 2020“ definiert. Mit Bildung, Forschung und umweltfreundlichen Zukunftstechnologien will sich die Europäische Union zum international führenden und wachstumsstarken Wirtschaftsraum entwickeln. Die Parteivorsitzende der Sozialdemokraten, Margrethe Vestager, und der dänische Verbraucherverband haben ebenfalls die Notwendigkeit von Reformen für mehr Wirtschaftswachstum sowie die Förderung von Wissenschaft und Forschung betont.<sup>24</sup>

Es gab allerdings auch kritischere Stimmen, so fehlte es der Strategie an Expertise in den Bereichen Beschäftigung, Klimawandel und der Bereitschaft „grüne“ Arbeitsplätze zu schaffen.<sup>25</sup> Die Finanzzeitung *Børsen* beanstandete zudem, dass die europäische Finanzpolitik nicht über ausreichende Koordinierungsmechanismen verfügen würde, sobald wirtschaftspolitische Aspekte mit berücksichtigt werden müssten. Folglich sind die starken Wirtschaften Europas nicht dazu verpflichtet, durch eine expansive Finanzpolitik für mehr Wachstum in der EU zu sorgen.<sup>26</sup> Umgekehrt gilt genau das als Problem: Die Wirtschafts- und Währungsunion kann ohne ein politisches Fundament nicht weiterbestehen.

### **Opt-outs und Opt-ins – die dänischen Ausnahmeregelungen**

Als der Vertrag von Lissabon im Dezember 2009 in Kraft trat, standen die dänischen Ausnahmeregelungen wieder einmal zur Diskussion. Dänemark hat vier Opt-outs mit der Europäischen Union vereinbart, nämlich in den Bereichen Justiz und Inneres, im Verteidigungsbereich, beim Euro sowie bei der Unionsbürgerschaft. In diesem Jahr galt die Debatte hauptsächlich den Ausnahmeregelungen im Bereich Justiz und Inneres.

Vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon beteiligte sich Dänemark an der intergouvernementalen Zusammenarbeit in den Bereichen Polizei und Strafrecht, partizipierte hingegen nicht bei der supranationalen Zusammenarbeit, etwa in den Bereichen Grenzkontrolle, Migration und Asyl sowie beim Zivilrecht. Da mit dem Vertrag von Lissabon die bisher intergouvernemental geregelten Bereiche Polizei und Strafrecht nun ebenfalls der supranationalen Entscheidungsfindung unterliegen, wurden einige Änderungen der Ausnahmeregelungen notwendig. Dänemark traf, ähnlich wie auch Irland und Großbritannien, eine Opt-in-Vereinbarung. Diese ermöglicht es Dänemark nun von Fall zu Fall zu entscheiden, ob ein bestimmtes Gesetz künftig mitgetragen werden soll oder nicht.

Der Vertrag von Lissabon brachte keine Änderungen der bestehenden Ausnahmeregelung im Verteidigungsbereich mit sich. Dänemark wird auch künftig nicht an Militäroperationen teilnehmen, hat aber die Möglichkeit bei zivilen Maßnahmen mitzuwirken. Diese Trennung von militärischen und zivilen Operationen wird künftig allerdings aufgrund der bereits heute schon praktizierten zivil-militärischen Zusammenarbeit immer schwieriger aufrechtzuerhalten sein.<sup>27</sup>

Im Zentrum der dänischen EU-Debatte stand die Auseinandersetzung über die Art und Weise der Durchführung eines baldigen Referendums über die vier dänischen Ausnahmeregelungen. Die Regierungsparteien betonten bei einer ganzen Reihe von Anlässen, dass

23 Statsministeriet: Statsminister Lars Løkke Rasmussens tale på VL-Døgn 2010, 9.02.2010.

24 Politiken: EU's ledere skal også multitaske, 26.03.2010.

25 Altinget.dk: Dan Jørgensen: Forkert fokus i 2020-strategi, 31.03.2010.

26 *Børsen*: Nødvendig hjælp til Grækenland, 13.04.2010.

27 <http://www.eu-oplysningen.dk/emner/forbehold/side003/>.

über alle vier Opt-outs gleichzeitig abgestimmt werden soll. Mit Hilfe eines solchen „Gesamtpakets“ soll so eine endgültige Entscheidung herbeigeführt werden, ob Dänemark zu einem vollwertigen Mitglied der EU werden soll.

Die rechts- und linksgerichteten Parteien haben sich ihrerseits für individuelle Abstimmungen je Ausnahmeregelung stark gemacht. Einige Stimmen, hauptsächlich pro-europäische, haben angemerkt, dass ein Referendum als Gesamtpaket lediglich die Übergangsphase bis zur vollständigen Abschaffung der Opt-outs verlängern würde. Andere, eher europaskeptische Kommentatoren befürchten, dass genau der gegenteilige Fall eintreten könnte: Sie befürchten, dass, würden die Opt-outs als Gesamtpaket zur Wahl stehen, alle Ausnahmeregelungen gleichzeitig aufgegeben werden müssten statt nur die ein oder andere.

Der liberale Regierungssprecher für EU-Angelegenheiten, Michael Aastrup Jensen, ließ verkünden, dass das nächste Referendum zum Euro die letzte Chance für Dänemark sein könnte, dem Euro-Club tatsächlich beizutreten. Die dänische Regierung müsse daher den Zeitpunkt für das Referendum besonders sorgfältig prüfen, da die Haltung der Dänen dem Euro gegenüber möglicherweise durch die Wirtschaftskrise in Griechenland negativ beeinflusst wurde.<sup>28</sup> In naher Zukunft wird also kaum mit einem Referendum in Dänemark zu rechnen sein, auch wenn die Regierung im Jahr 2009 wiederholt darauf hingewiesen hat, ein solches möglichst bald ansetzen zu wollen.

### **Die Roma-Debatte in Dänemark**

Die Ausweisung von Roma aus Frankreich und Dänemark sorgte im Sommer 2010 für eine kontroverse Debatte. Mehrere EU-Kommissare und Europaabgeordnete äußerten ihre Bedenken und ihren Unmut über die Abschiebungen und wiesen darauf hin, dass schließlich auch Roma EU-Bürger seien und folglich auch über die gleichen Freizügigkeitsrechte verfügen. Der dänische liberale Europaabgeordnete Jens Rohde (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) äußerte sich in dieser Frage nicht in einer Linie mit seinem Fraktionsvorsitzenden, als er daraufhin wies, dass die Personenfreizügigkeit schließlich nur für arbeitende Menschen gelten würde und die „Roma nicht hier seien, um zu arbeiten, sondern um zu betteln und um Verbrechen zu begehen“.<sup>29</sup>

Beim für Integrationsbelange zuständige Ministerium in Dänemark sind trotz dieser Einschätzung zehn Beschwerden von Roma eingegangen, die ihre Abschiebung als ungerecht und ohne gültige Rechtsgrundlage beanstanden. Treibende Kraft hinter den Beschwerden ist das Europäische Zentrum für die Rechte der Roma in Budapest, das die Bereitschaft bekundete, diese Beschwerden, wenn nötig, bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu bringen.

### **Weiterführende Literatur**

Rebecca Adler-Nissen: Behind the Scenes of Differentiated Integration: Circumventing National Opt-Outs in Justice and Home Affairs, in: *Journal of European Public Policy*, Vol. 16, 1/2009, S. 62-80.

Nanna Hvidt/Hans Mouritzen (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 2010*, Copenhagen: Danish Institute for International Studies 2010.

Martin Marcussen: Out of the Box: Coping Successfully with Euro-Outsiders, in: *Cooperation and Conflict*, Vol. 44, 2/2009, S. 167-187.

Per Meilstrup: *Kampen om klimaet: Historien om et topmøde, der løb løbsk*, Copenhagen: People's Press 2009.

---

28 Børsen: Dræsk krise skubber dansk euro-afstemning, 8.02.2010.

29 Politiken: EU-politikere angriber dansk udvisning, 26.08.2010.